Zehntrecht hat. Dagegen genießen Grundstücke, welche eine Kirchenstiftung in einem fremden Pfarrsprengel erwirbt, sowie geistliche Corporationen für ein Eigenthum, welches in einem andern Pfarrbezirke liegt, keine Befreiung. Eine geistliche Befreiung kann auch durch päpstliches Privileg erfolgen. Solches Privileg erhielten die Orden namentlich für Neubruchland (c. 10. 12, X h. t. 3, 30; c. 2 in VI^{to} h. t. 3, 18). Auch Staatsgeschreibungen haben zur Förderung der Agriculturn den Bedauern oder Ländereien ebenfalls theils zeitliche, theils immerwährende Zehntbefreiung bewilligt. (Vgl. Preuß. Gesetz vom 2. März 1850; v. Sacher, Der Zehnt nach gemeinem deutschen und bayerischen Recht, Neuburg a. d. D. 1845, 32—34; E. J. A. Mittermaier, Deutsches Privatrecht I, Regensb. 1847, § 188.) Außer dieser Befreiung durch Gesetz kann eine solche auch eintreten durch Verzicht, durch Vertrag, welcher jedoch, wie bemerkt, bei geistlichem Zehnten auf die Lebensdauer der Contractanten beschränkt und an die Genehmigung der zuständigen geistlichen und weltlichen Behörde gebunden ist. Weiterhin durch Verjährung, wenn der Zehntpflichtige durch den bonafide eingelegten Widerspruch einen Titel zur Verjährung erworben hat (c. 1 in VI^{to} De praescr. 2, 13). Es genügt also eine praescriptio ex titulo quietae possessionis nicht. Ohne rechtlichen Titel können nur die Klagen auf die einzelnen rückständigen Prästationen durch Extinctivverjährung vernichtet werden (l. 7, § 6, Cod. De praescr. VII, 39). Endlich, wie das in umfassendster Weise im 19. Jahrhundert geschah, durch Ablösung (vgl. oben Sp. 1889).

V. Zehntstreitigkeiten der Stiftungen und Pfründen gehören nach dem canonischen Rechte vor die geistlichen Gerichte (c. 2. 3, X De iud. 2, 1; c. 7, X De praescript. 2, 26). Aber in Deutschland ist das nirgends mehr Rechtens. Ehe sich aber der Pfarrer oder sonstige Nutznießer eines kirchlichen Zehnten vor dem weltlichen Gerichte in einen Prozeß hierüber einläßt, muß er die Genehmigung des Bischofs haben. Wegen des Zehntrechts kann der Zehntberechtigte sowohl possessoriß als petitoriß klagen. Er kann aber auch wegen unbefugter Annahmung durch die actio negatoria belangt werden. Ist der Zehnt bereits ausgeschieden, so hat der Zehntberechtigte als Eigenthümer die rei vindicatio. Wenn derselbe aber noch unausgeschieden ist, so hat er als Miteigenthümer die actio de communi dividendo. Nach canonischem Rechte hat der Pfarrer für das volle Zehntrecht in seinem ganzem Pfarrbezirke die Rechtsvermuthung für sich (s. ob. III) und nur darzutun, daß das fragliche Grundstück in seiner Pfarrei gelegen ist. Nach verschiedenen staatlichen Gesetzen genießt der Pfarrer diese Rechtswohlthat nicht. Namentlich liegt ihm, wenn ein Kleinzehntrecht in Frage steht, nach heutigen Landesgesetzen durchweg das onus probandi für das Herkommen ob. (Vgl. noch L. Thomassinus, Vetust et nova

ecclesiae disciplina, P. III, l. 1, c. 1—11; J. K. Barthel, De decimis, in d. Opusc. iurid. II, Bamb. 1756, 707 sqq.; J. C. Treitlinger, De origine decim. saecul., Argent. 1784; S. G. Wagner, Das Zehntrecht in seinem ganzen Umfang mit Rücksicht auf das preussische Recht, Berlin 1815; Ph. D. v. Ottenhal, Der Zehnt nach canonischem und österreichischem Rechte, Linz 1823; J. W. Gh. Steiner, Das Zehntrecht, in Pipperts Annalen des Kirchenrechts, Heft 1 [Frankf. a. M. 1831], 69 ff. und Heft 2, 65 ff. [nicht vollendet]; Zacharia, Aufhebung, Ablösung und Umwandlung des Zehnts, Heidelberg 1831; J. M. Göschl, Ueber den Ursprung des kirchlichen Zehnts, Aschaffenburg 1837; Kühlenthal, Die Geschichte des kirchlichen Zehnts, Heilbronn 1837; A. Haude, Kirchengeschichte Deutschlands I, 2. Aufl., Leipzig 1898, 137; II, 222 ff. 388. 440. 707 f.; III, 731 ff.; Stup, Gesch. des kirchlichen Beneficialwesens von seinen Anfängen bis auf die Zeit Alexanders III., I, Berlin 1895, 240 ff.) [Bermaneber] Sägmüller.]

Zehnten Saladins (Decimae Saladiniae) nannte man eine staatslich-kirchliche Abgabe, welche in England, Frankreich und Polen im J. 1188 bezw. 1189 erhoben wurde. Ein Anlaß zu einer außergewöhnlichen Besteuerung lag gewiß vor, als Sultan Saladin im J. 1187 Jerusalem wieder erobert hatte, und die Mittel zu einem neuen Kreuzzuge aufgebracht werden mußten. Irig ist jedoch die frühere Angabe, daß Clemens III. den Clerus der ganzen Christenheit aufgefordert habe, den zehnten Theil des jährlichen Einkommens zur Befreiung der Kreuzzugskosten beizusteuern. In Wirklichkeit wurde die Abgabe auf Versammlungen geistlicher und weltlicher Großen (1188 und 1189) beschlossen, und sie bestand darin, daß jeder Gläubige (also nicht bloß der Clerus) auf ein Jahr den zehnten Theil seiner Einkünfte und seines beweglichen Vermögens für das heilige Land opfern mußte. Man nannte diese Steuer Zehnten Saladins, weil das leider wenig erfolgreiche Unternehmen sich gegen diesen Sultan richtete. In Deutschland wurde der Saladinzehnte nicht erhoben. Kreuzzugssteuern, die von Päpsten ausgeschrieben wurden, gab es erst seit Innocenz III. (1198). (Vgl. Gottlob, Die päpstlichen Kreuzzugssteuern, Heiligenstadt 1892, 2 ff. 18 ff.) [Bermaneber]

Zehntenstreit, Osna br ü d e r, auch Bellum diplomaticum Osnabrugense genannt, heißt ein fast 200jähriger, in's frühe Mittelalter fallender Kampf zwischen den Bischöfen von Osnabrück einerseits und den Klöstern Corvey und Herford andererseits. Zum Verständniß dieses Streites ist neben der Erzählung seines Verlaufes eine Darlegung der Bedeutung nöthig, welche die Documente in demselben gewannen, sowie eine Würdigung der Frage nach der Rechtlichkeit oder Unächtlichkeit derselben und ihres Einflusses auf die verschiedenen Ansichten über die älteste Osnabrücker Bisthumsgegeschichte.